

Wolfgang Schäuble:

## Ich werde auch in Zukunft alles tun, damit neues Vertrauen in die CDU erwächst

Die CDU befindet sich in der schwersten Krise ihrer Geschichte. In einer nicht für möglich gehaltenen Weise ist in der Vergangenheit gegen die Vorschriften des Parteiengesetzes und die Prinzipien von Transparenz und innerparteilicher Demokratie verstoßen worden. Die Aufklärung dieser Vorgänge war und ist schwierig und schmerzhaft für die Partei, für ihre Mitglieder und Sympathisanten.

**Erklärung des Partei-  
und Fraktionsvorsitzenden  
am 16. Februar**

ten. Aber zu diesem Weg gibt es keine Alternative, um verlorengegangenes Vertrauen wieder zurückzugewinnen und neue Glaubwürdigkeit zu begründen.

Die Krise der CDU darf nicht zur Krise unserer Demokratie werden. Deshalb ist es von überragender Bedeutung, dass die Union als große integrierende Kraft der Mitte erhalten bleibt. Diesem Ziel hat sich alles andere unterzuordnen.

In den vergangenen Wochen und Monaten war es immer schwieriger für die CDU, ihre Position im politi-

*Fortsetzung auf Seite 2*

### HEUTE AKTUELL

#### ● Parteiengesetz

Wir haben erhebliche rechtliche Bedenken. Angela Merkel und Matthias Wissmann zur Entscheidung des Bundestagspräsidenten am 15. Februar. Seite 3

Rechtsanwalt Dr. Christofer Lenz: Gesetzesbegründung spricht von einer „säumigen“ Partei. Seite 4

Prof. Dr. Rüdiger Zuck: Die CDU wird unverzüglich Klage erheben. Seite 5

#### ● Nordrhein-Westfalen

Aus dem Flugskandal ist ein SPD-Skandal geworden. Seite 6

#### ● Schleswig-Holstein

Frau Simonis soll vor ihrer eigenen Tür kehren. Seite 8

#### ● Arbeit und Soziales

Grundsätze zur Stärkung der zusätzlichen Alterssicherung verabschiedet. Seite 9

#### ● Innere Sicherheit

Kriminalprävention ist eine wichtige kommunale Aufgabe. Seite 13

Fortsetzung von Seite 1

schen Wettbewerb bemerkbar zu machen. Es muss aber wieder ein Zustand eintreten, der es der Union erlaubt, als starke Opposition gegen die rot-grüne Regierung wahrgenommen und mit ihren Alternativen akzeptiert zu werden. Das betrifft insbesondere auch die gemeinsame Bundestagsfraktion von CDU und CSU.

Deshalb ist in mir die Überzeugung gereift, dass ohne einen sichtbaren, also auch personellen Neuanfang sich die Union nicht aus der Umklammerung dieser Krise befreien kann. Um diesen Neuanfang einzuleiten und möglich zu machen, habe ich der Bundestagsfraktion gestern vorgeschlagen, nicht erst Ende Mai, sondern jetzt den Fraktionsvorstand neu zu wählen. Ich kann diesem Neuanfang am besten dadurch dienen, dass ich nicht mehr für das Amt des Vorsitzenden kandidiere. Das weitere Verfahren wird in einer Sitzung der Fraktion am Freitagmorgen besprochen und beschlossen werden.

In der Konsequenz dieser Entscheidung werde ich auch auf dem Parteitag im April zur Wiederwahl als Parteivorsitzender nicht zur Verfügung zu stehen. Über das weitere Vorgehen bis zum Parteitag und die damit notwendig gewordenen Vorbereitungen wird das Präsidium der CDU beraten, das ich zu einer Sitzung nach Berlin eingeladen habe.

### **Eine starke Union ist wichtig für die Stabilität unseres politischen Systems**

Erlauben Sie mir zum Schluss noch eine persönliche Bemerkung. Als ich am 7. November 1998 zum Vorsitzenden der CDU gewählt wurde, war ich mir bewusst, dass nach der schwersten Niederlage der CDU bei einer Bundestagswahl die auf mich zukommende Aufgabe außerordentlich schwierig werden würde. Ich habe mir niemals Illusionen darüber gemacht, dass es

## **Ein weiterer Leitantrag wird für den Parteitag vorbereitet**

Auf dem Parteitag in Essen soll neben dem „Bildungspolitischen Leitantrag“ ein zusätzlicher Leitantrag verabschiedet werden, mit dem sich die CDU „als eine Partei darstellt, die aus den Fehlern der Vergangenheit Konsequenzen zieht“.

Der Leitantrag wird am 12. März auf einer Sondersitzung des Präsidiums beraten und am 13. März vom Bundesvorstand verabschiedet.

**Anschließend soll er von der Partei diskutiert werden.**

nach 16 Jahren erfolgreicher Regierungsverantwortung die zentrale Frage sein würde, ob und wie die Union ihre Rolle als große Volkspartei der Mitte weiter ausfüllen und ihre integrierende Kraft auch in der Opposition bewahren könne. Umso erfreulicher war es, dass zusammen mit der neugewählten Parteiführung schon bald ein Kurs eingeschlagen werden konnte, der die CDU 1999 zu einer beispiellosen Serie von Wahlerfolgen in Ländern, Kommunen und bei der Europawahl befähigte. Sie haben gezeigt, wie wichtig eine starke Union für die Stabilität unseres politischen Systems ist. Und an diese Erfolge wollen wir so rasch wie möglich wieder anknüpfen.

Ich danke allen, die mich in guten wie in schweren Zeiten in Fraktion und Partei unterstützt haben. Ich werde auch in Zukunft alles in meiner Macht und Kraft stehende tun, damit neues Vertrauen in die CDU erwächst und sie ihren gestalterischen Anspruch bei der Bewältigung der zentralen Zukunftsfragen unseres Landes in Europa mit neuer Kraft geltend machen kann. ■

# Wir haben erhebliche rechtliche Bedenken

**Zur Entscheidung des Bundestagspräsidenten am 15. Februar erklärten Generalsekretärin Angela Merkel und Bundesschatzmeister Matthias Wissmann:**

Der Bundestagspräsident hat heute eine Entscheidung über die Festsetzung der staatlichen Zuwendungen für die CDU im Hinblick auf das Jahr 1999 getroffen. Es ist offensichtlich, dass dieser 15. Februar 2000 ein schwerer Tag für die CDU ist und das, obwohl es dabei nicht um die Sanktionen für die Nichtangabe von Spenden, die sonstigen Fehler und gravierenden Verstöße gegen das Parteiengesetz in den vergangenen Jahren geht. Dafür werden wir zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Einzelheiten feststehen, auch die finanziellen Konsequenzen zu tragen haben. Dies haben wir stets erklärt, dazu stehen wir, und für die Verstöße hat Herr Schäuble den Deutschen Bundestag und die Öffentlichkeit um Entschuldigung gebeten.

## Worum es jetzt einzig geht

Es geht vielmehr allein um die Frage, ob eine Sanktion in Höhe von 41 Millionen DM gerechtfertigt sein kann, weil der korrigierte Rechenschaftsbericht, der nach bestem Wissen und Gewissen erstellt und am 30. Dezember dem Bundestagspräsidenten zugeleitet worden ist, die Vermögenslage des hessischen Landesverbandes der CDU objektiv nicht richtig dargestellt hat. Hier haben wir erhebliche rechtliche Bedenken.

Wir haben unmittelbar nach Bekanntwerden der Vorgänge in Hessen und der Klärung der vermögensrechtlichen Zuordnung mit Schreiben vom 28. Januar 2000 die

korrekte Vermögensdarstellung der Bundestagsverwaltung zugeleitet, so dass seit diesem Zeitpunkt auch insoweit ein zutreffender Rechenschaftsbericht vorliegt.

Die heutige Entscheidung, sollte sie rechtlichen Bestand haben, trifft die CDU in ungewöhnlicher Härte, zumal eine Sanktion wegen der bereits genannten Verstöße gegen das Parteiengesetz noch aussteht.

Der Bundestagswahlkampf 1998 hat bei der Bundespartei die Aufnahme von Krediten notwendig gemacht, auch wenn es gelungen war, einen Teil der Wahlkampfkosten anzusparen. Insgesamt beliefen sich die Kredite am Jahresende 1998 auf rund 20 Mio. DM.

Der Europawahlkampf und die Landtagswahlkämpfe 1999 haben trotz sparsamster Wahlkampfführung zu einem weiteren Anwachsen der Schuldenlast auf rund 25 Mio. DM geführt.

## Bundestagswahl 2002 präjudiziert

Vor diesem Hintergrund gefährden zusätzliche Belastungen in Millionenhöhe, wie sie der Bundestagspräsident heute ausgesprochen hat, die Existenz der CDU. Zugleich wird mit dieser Entscheidung die Bundestagswahl im Jahre 2002 präjudiziert, da die Wettbewerbsfähigkeit der CDU, um einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen, nicht mehr gegeben ist.

Die CDU akzeptiert jede angemessene Bestrafung als Folge des nicht transparenten Finanzgebarens, das gegen das Parteiengesetz verstößt. Wir haben hierfür kein Mit-

leid verdient und erwarten es auch in der Öffentlichkeit nicht.

Aber die Entscheidung des Bundestagspräsidenten hätte nach unserer Auffassung mit dem notwendigen Augenmaß getroffen werden können.

## Appell an unsere Mitglieder und Freunde

Die CDU ihrerseits wird alles unternehmen, um die ihr auferlegten angemessenen Rückzahlungsansprüche erfüllen zu können. Die Bundespartei unternimmt alle Anstrengungen, um selbst einen möglichst hohen Eigenbeitrag leisten zu können. Trotzdem werden wir angesichts der hohen Rückforderungen, die aufgrund der Entscheidung des Bundestagspräsidenten auf uns zukommen, eine Solidaritätsaktion starten.

### Solidaritätsfonds

**Hierzu haben wir  
bei der  
Deutschen Bank  
Berlin (BLZ 100 700 00)  
ein Bankkonto mit der  
Nr. 9 000 555 01  
mit dem  
heutigen Tag  
eingrichtet.**

Wir hoffen, dass unsere Mitglieder und Freunde der CDU unserem Appell folgen und durch entsprechende Zahlungen die finanzielle Schieflage der CDU verbessern helfen.

Nur durch eine solche Aktion und mit größter Sparsamkeit auf allen Ebenen der Partei kann es uns gelingen, die politische Wettbewerbsfähigkeit der CDU und die Chancengleichheit in diesem Land wieder herzustellen. ■

## Die Begründung spricht von einer „säumigen“ Partei

Statement Rechtsanwalt  
Dr. Christofer Lenz

### Zu § 19 PartG:

Die CDU hat nach dem Parteiengesetz Anspruch auf staatliche Mittel für das Jahr 1999 in voller Höhe (ca. 76 Millionen DM). Der Anspruch ist nicht in einer Größenordnung von etwa 40 Millionen DM weggefallen. Ein solcher Verfall trifft nach § 19 Abs. 4 Satz 3 PartG nur Parteien, die bis zum 31.12.1999 gar keinen Rechenschaftsbericht eingereicht haben, nicht aber solche, die einen Rechenschaftsbericht eingereicht haben, der aber in einem für die Festsetzung untergeordneten Punkt fehlerhaft ist. Für diese Auslegung des § 19 Abs. 4 Satz 3 PartG sprechen folgende Gründe:

● **Der Wortlaut des Gesetzes.** § 19 Abs. 4 Satz 3 PartG verlangt die Vorlage eines Rechenschaftsberichts als solchen, stellt keine inhaltlichen Anforderungen an den Rechenschaftsbericht, verlangt insbesondere nicht einen fehlerfreien Rechenschaftsbericht. Das ist in anderen Vorschriften des Gesetzes (§ 23 Abs. 4 Satz 1 PartG) ausdrücklich anders.

● **Zweck des Gesetzes:** Der Gesetzgeber hat im Jahr 1994 bei Einführung von § 19 Abs. 4 Satz 3 PartG die Parteien sanktionieren wollen, die innerhalb der Frist gar keinen Rechenschaftsbericht vorgelegt haben. Null Prozent Transparenz = Null Mark. Zuvor haben nur ein Drittel aller Parteien überhaupt einen Rechenschaftsbericht eingereicht. Die Gesetzesbegründung spricht deshalb nicht von einer Partei, die einen fehlerhaften Rechenschaftsbericht vorlegt.

sondern von einer „säumigen“ Partei (BT-Drs. 12/5774, S. 15). Zweck der Regelung war es „die Parteien zur Einhaltung der in § 23 Abs. 2 PartG (Ergänze für die Vorlage der Rechenschaftsberichte) vorgesehenen Fristen anzuhalten“.

● **Entstehungsgeschichte des Gesetzes:**  
Darüber waren sich die federführenden Abgeordneten im Innenausschuss (Hirsch, FDP, Zeitlmann, CDU/CSU, Wartenberg, SPD) einig. Sanktionen solle es nur geben, wenn überhaupt kein Bericht vorgelegt wird. Eine weitergehende Regelung erschien den Abgeordneten zu hart, weil – wie der Abgeordnete Hirsch (FDP) erkannt hat – immer einmal etwas schief gehen könne. (Kurzprotokoll der 80. Sitzung des Innenausschusses vom 29.10.1999, S. 10 f.)

● **Abg. Dr. Burkhard Hirsch (FDP):**  
„Wenn man das auf ein Jahr nach der Fälligkeit nehme und da kein Bericht vorliege, dann sei Ende. Inhaltlich sei damit klar, was der Ausschuss wolle.“

## Die CDU wird unverzüglich Klage erheben

**Statement Prof. Dr. Rüdiger Zuck – Verfassungsrecht –**

● Da die politischen Parteien einen Rechtsanspruch auf Teilfinanzierung durch staatliche Mittel haben und da sie von verfassungswegen den demokratischen Parteienstaat und damit das Mehrparteiensystem legitimieren, bedarf ein gesetzliches Sanktionensystem, das geeignet ist, politische Parteien wegen der damit verbundenen finanziellen Auswirkungen vom politischen Wettbewerb auszuschließen, einer ausdrücklichen verfassungsrechtlichen Er-

mächtigungsgrundlage. Die dem Gesetzgeber eingeräumte Befugnis „das Nähere“ zu regeln, reicht bei so weitgehenden, die verfassungsrechtlichen Vorgaben des Art. 21 GG berührenden Folgen nicht aus. § 19 ff. PartG sind deshalb bezüglich des Sanktionensystems nicht im Einklang mit der Verfassung.

● Selbst wenn man ein Sanktionensystem verfassungsrechtlich für zulässig hielte, muss es sich in seiner konkreten Ausgestaltung im Einklang mit dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit halten. Das ist bei § 19 ff. PartG nicht der Fall. Die Sanktionen erreichen hier Millionenhöhe in einer nach oben offenen Skala. Bedenkt man, dass Ordnungsgeld zwischen DM 5,- und DM 1.000,- verhängt wird, Geldbußen im Ordnungswidrigkeitenrecht zwischen DM 10,- und DM 2.000,-, Geldbußen gegen juristische Personen bis 1 Millionen DM, Geldstrafen, die eine strafbare Handlung voraussetzen, maximal 3,6 Millionen DM erreichen können, und hält man sich vor Augen, dass wir es im vorliegenden Fall nur mit einem Verstoß gegen Ordnungsvorschriften zu tun haben, dann ist das Ergebnis zwingend, dass solche Sanktionen, ohne Vorliegen einer strafbaren Handlung und (zum Teil) auch ohne Verschulden des Handelnden, unverhältnismäßig sind.

● Die CDU-Bundespartei muss für das Handeln des Landesverbands Hessen finanziell einstehen, obwohl sie auf dieses Handeln weder Einfluss noch von ihm Kenntnis hatte. Die CDU-Bundespartei trifft deshalb insoweit kein Verschulden. Sanktionen, die wie in § 19 ff. PartG strafrechtliche Elemente enthalten und ohne Verschulden verhängt werden können, sind jedoch nach gefestigter Rechtsprechung des BVerfG (die zum Recht des Ordnungsgeldes ergangen ist) unzulässig.

● Der Bescheid ist danach rechtswidrig. Die CDU wird unverzüglich Klage erheben.

Jürgen Rüttgers:

## Aus dem Flugskandal ist ein SPD-Skandal geworden

Es geht um ● Privat- und Parteiflüge und damit um einen Verfassungsverstoß, ● Behinderung des Untersuchungsausschusses durch Ministerien, ● Behinderung der Justiz durch Versetzung von Mitarbeitern der Staatsanwaltschaft, ● private Vermögensvermehrung, ● verbotene mittelbare Parteienfinanzierung, ● Steuer- und Bilanzbeeinträchtigungen, ● verbotene Wahlkampffinanzierung.

Dahinter steckt, und das macht die einzelnen Punkte in der Gesamtschau so gravierend, ein Herrschaftssystem. Bisher ist von Seiten der Landesregierung und der SPD versucht worden, das Ganze als Ereignis in grauer Vorzeit darzustellen. Spätestens seit dem Wochenende ist klar, dass Herr Clement nicht Erbe des Systems, sondern dass er Teil dieses Systems war und ist und dass er als ehemaliger Leiter der Staatskanzlei auch Entscheidungen getroffen hat.

Jetzt wird langsam auch verständlich, warum bisher die Aufklärung durch die Landesregierung behindert wurde und warum Clement auch gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit mehrfach Sachverhalte anders dargestellt hat, als sie sich in Wirklichkeit abgespielt haben. Clement und die SPD behandeln das Land wie ihr Eigentum. Anscheinend fehlt ihnen auch heute noch das notwendige Unrechtsbewusstsein. Es wird Zeit, dass die Menschen ihr Land wieder selbst in die Hand nehmen.

**Laurenz Meyer: Clement führt das System Rau nahtlos weiter**

**Ich möchte insbesondere den konkreten neuen Punkt, der zusätzlich ge-**

**kommen ist zu dieser Gesamtschau, die der Kollege Rüttgers gerade abgegeben hat, aufgreifen.**

Da geht es also um die Frage Verbindungsbüro zur WestLB und Landesregierung. Zur Faktenlage: Wir haben das nachvollzogen – auch anhand der Unterlagen, auch durch Gespräche mit Betroffenen. Die Darstellung ist soweit zutreffend, dass am 23.1.90 das Kabinett beschlossen hat, ein Verbindungsbüro über die WestLB einzurichten, dass am 8.2. der Hauptausschuss über den Zweck dieses Verbindungsbüros informiert worden ist, so wie offiziell vorgetragen wurde. Es sollte über einen Geschäftsbesorgungsvertrag mit der WestLB abgewickelt werden und Betriebe, Runde Tische, Verwaltung und kulturelle Beziehungen stärken. Von Parteienunterstützung, Unterstützung von Politikern war nirgendwo die Rede.

Wegen der Situation damals hat also auch die CDU dem genannten Zweck im Hauptausschuss zugestimmt. Was jetzt in Rede steht ist, dass Parteienunterstützung gewährt worden ist, und zwar durch Landesfinanzierung, was ich unter gesetzlichen Gesichtspunkten als noch gravierender einstuft, als wenn etwa die WestLB selbst dieses Büro finanziert hätte, weil der Verdacht im Raum steht, dass hier in Wirklichkeit eine Tarnung mit den genannten Zwecken gewollt war, nämlich für Wahlkampfhilfe, sprich Parteienfinanzierung. Ich will ganz ausdrücklich an der Stelle darauf hinweisen, dass hier Ausreden, so wie sie gebraucht werden, eben nicht gelten.

Es geht bei Landesfinanzierung für Parteien nicht um die Frage wie bei Flügen,

ob man etwas Dienstliches und Halbdienstliches und Parteipolitisches vermischt hätte, sondern bei dieser Frage ist durch klare Gesetze jede auch nur anteilige Inanspruchnahme eines solchen Büros für Parteiunterstützung ausgeschlossen. Jede auch noch so kleine Unterstützung für Herrn Stolpe und die SPD im Landtagswahlkampf 1990 ist durch Gesetz verboten gewesen, und deswegen haben damals die Parteien große Anstrengungen gemacht, vor Ort zu helfen, weil die Unterstützung durch Regierungsstellen ausdrücklich verboten ist. Auch hinterher in der weiteren Phase durften etwa mit Landesmitteln nur die Fraktionen im Arbeitsaufbau unterstützt werden, nicht aber die Parteien. Das war ausdrücklich ausgeschlossen.

### Getarnte SPD-Hilfen

Der Verdacht, Tarnung für Wahlkampfhilfe, wird untermauert durch die Behauptungen, die im Raum stehen. Bisher ist nicht widersprochen worden, dass das Büro Wahlkampfunterstützung für die SPD organisierte, dass selbst der Kalender von Herrn Stolpe dort geführt wurde. Ein sehr aussagekräftiges Detail in dem Zusammenhang ist, dass Herr Adamowitsch die Argumentationshilfen für den Wahlkampf bereitgestellt hat. Der damalige Leiter dieser Aktion war der Leiter der Staatskanzlei und heutige Ministerpräsident Clement. Der damalige zuständige Mitarbeiter, Herr Adamowitsch, ist heute Leiter der Staatskanzlei.

Da sieht man, dass es mit dem Amtsantritt von Clement nicht um einen Bruch mit dem System Rau gegangen ist, sondern dass es sich um eine nahtlose Fortführung dieses Systems handelt. Wenn hier weiter erklärt wird, dass jedes Ministerium einen Verbindungsmann zur Unterstützung von Herrn Stolpe bereitzustellen hatte, macht das das Bild komplett, dass hier verbotene Parteienfinanzierung und verbotene Par-

## Der Landtag ist getäuscht worden. Es handelt sich um Gesetzesverstöße und um einen Fall für die Staatsanwaltschaft.

teienunterstützung durch das Land Nordrhein-Westfalen gewährt worden ist.

Ich halte fest, dass der Landtag über den Zweck dieses Büros getäuscht worden ist. So lange die Landesregierung nicht den Gegenbeweis antritt, dass das alles völlig falsch ist, was da im „Spiegel“ steht, so lange müssen wir davon ausgehen, dass der Landtag getäuscht worden ist, dass es sich um klare Gesetzesverstöße handelt, um einen klaren Fall für die Staatsanwaltschaft. Mir und uns als CDU-Fraktion wird in dem Zusammenhang natürlich zunehmend klar, warum sich die SPD mit Händen und Füßen dagegen gewehrt hat, den Untersuchungsauftrag für den Untersuchungsausschuss zu erweitern, weil hier nämlich offensichtlich immer mehr Punkte herauskommen. Zusätzlich zu den genannten Punkten muss man befürchten, dass noch weitere Dinge im Raum stehen.

### Grüne unglaublich

Ich will aber auch ganz klar sagen, dass ich die Haltung der Grünen hier in Nordrhein-Westfalen leid bin. Nach außen spielen sie den Saubermann, im Landtag aber beteiligen sie sich an allen Verschleierungs- und Vertuschungsaktionen, indem sie z.B. eine Ausweitung des Untersuchungsauftrages gemeinsam mit der SPD ablehnen. Die Grünen verlieren jeden Anschein von Glaubwürdigkeit. Eine solche Doppelstrategie werden wir nicht zulassen. ■

## Frau Simonis soll vor der eigenen Tür kehren

CDU-Generalsekretär Johann Wadephul hat die Aussage der schleswig-holsteinischen Ministerpräsidentin Heide Simonis, die CDU solle wieder zu einer „anständigen und ehrenhaften konservativen Volkspartei“ werden, scharf zurückgewiesen.

Frau Simonis wisse sehr genau, dass die Vorgänge in der Spendenaffäre auf schwere Verfehlungen Einzelner zurückzuführen seien. Es sei skandalös, dass Frau Simonis auf diesem Wege die gesamte Partei mit ihren 640.000 Mitgliedern moralisch herabsetzen wolle.

Schwere Verfehlungen Einzelner habe es immer wieder in allen Parteien gegeben, das habe sich zuletzt auch bei den Fällen des zurückgetretenen niedersächsischen Ministerpräsidenten Glogowski und des früheren nordrhein-westfälischen Finanzministers Schleußer gezeigt. Pauschalurteile verböten sich auch hier. Wadephul: „Wenn Frau Si-



**Johann Wadephul:** Wer in Schwerin mit Linksextremisten paktiert, der braucht uns weiß Gott keine Ratschläge zu erteilen.

monis darüber hinaus annahmt, dass die CDU in der Lage sein müsse, am rechten Rande Grenzen zu ziehen, so sollte sie zunächst vor der eigenen Tür kehren. Wer in Schwerin mit Linksextremisten paktiert, der braucht uns weiß Gott keine Ratschläge zu erteilen.“

## Uldall soll bei einem Wahlsieg der CDU in Kiel Finanzminister werden

**Volker Rühle hat am 14. Februar in Kiel den Steuerexperten Gunnar Uldall als Finanzminister für den Fall eines Wahlsieges vorgestellt.**

Uldall ist wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Bundesweit bekannt wurde der 59-jährige Hamburger nach Angaben Rühles mit seinem Vorschlag für ein vereinfachtes Steuersystem mit dreigliedrigem Stufentarif. Zu Rühles Schattenkabinett gehören außerdem die

Bundestagsabgeordnete Birgit Schnieber-Jastram als Sozialministerin, für das Ressort Justiz ist Karin Wiedemann vorgesehen und der Bundestagsabgeordnete Peter Harry Carstensen als Landwirtschafts- und Umweltminister. Im Gespräch für das Wirtschaftsministerium ist der Fraktionsvorsitzende der CDU im Kieler Landtag, Martin Kayenburg, und als Innenminister der Generalsekretär des CDU-Landesverbandes, Johann Wadephul.



# Grundsätze zur Stärkung der zusätzlichen Alterssicherung verabschiedet

Anlässlich der Klausurtagung der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 10. und 11. Februar in Lübeck erklärte die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, Birgit Schnieber-Jastram:

Im Rahmen unserer zweitägigen Klausurtagung in Schleswig-Holstein haben wir uns intensiv mit den Themen Arbeitsmarkt, Rente und europäische Sozialpolitik beschäftigt und dabei wichtige Beschlüsse gefasst. In unserem Positionspapier zur „Verbesserung der Effizienz von Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen“ fordern wir die Bundesregierung auf, die massiven Mittel für die Arbeitsmarktpolitik, die sich im Jahr 2000 auf 46 Mrd. DM belaufen, wirksamer als bisher einzusetzen. Die Antworten der Bundesregierung auf eine entsprechende Kleine Anfrage der Union zeigen, dass ein effektiverer Einsatz der Mittel dringend notwendig ist. So müssen nach unserer Auffassung arbeitsmarktpolitische Maßnahmen an den Kriterien Zielgruppenorientierung, Übergangsquote in reguläre Arbeit, Kosten, Verweildauer und Abbuchquoten überprüft werden. Festgestellte Mängel an bestehenden Fördermaßnahmen oder Programmen müssen unverzüglich behoben werden, um die verwendeten Mittel effizienter einzusetzen.

Darüber hinaus haben wir den Antrag „Bessere Erwerbsaussichten für ältere Arbeitnehmer durch bessere Qualifikation“ beschlossen, den wir alsbald in den Deutschen Bundestag einbringen werden. Nahezu ein Viertel aller Arbeitslosen sind älter als 55 Jahre. Für die Zukunft ist zu erwarten, dass der Anteil der älteren Be-

schäftigten an den sozialversicherungs-pflichtigen Beschäftigten in den nächsten Jahren weiter ansteigt. Das heißt, bereits jetzt müssen die Betriebe darauf bedacht sein, älteren Arbeitnehmern Qualifizierungs- und Flexibilisierungsprogramme anzubieten. Dies wollen wir unterstützen und schlagen folgendes vor:

Es wird ein für die Bundesanstalt für Arbeit und die Arbeitgeber kostenneutrales Programm „Job-Rotation“ geschaffen. Ziel ist es, älteren Arbeitnehmern die Chance zu geben, ihre beruflichen Fähigkeiten zu

## Überproportional ist die zusätzliche Altersvorsorge von Beziehern niedriger Einkommen zu fördern.

verbessern, um den Erhalt ihres Arbeitsplatzes zu sichern. Zum Vorteil für den älteren Arbeitnehmer und zum Vorteil der Betriebe, die auf die Kenntnisse und Erfahrungen der Älteren in der Zukunft mehr denn je angewiesen sein werden.

Die Arbeitsgruppe einigte sich des Weiteren auf Grundsätze zur Stärkung der zusätzlichen kapitalgedeckten Alterssicherung durch den Umbau der Vermögensbildung. Der Ausbau der zusätzlichen Alterssicherung darf nicht mit Zwang verbunden werden und kann nur auf freiwilliger Basis erfolgen. Daher müssen ausreichend Anreize geschaffen werden, neben der gesetzlichen Rentenversicherung zusätzlich für das Alter vorzusorgen. Dies ist nach

## Anhörung zur Generationengerechtigkeit

**Zur Generationengerechtigkeit als dem gesamtgesellschaftlichen Thema des 21. Jahrhunderts erklärten die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Birgit Schnieper-Jastram, und die Sprecherin der Jungen Gruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ursula Heinen:**

Die Veränderung der Altersstruktur wird unsere bisherigen sozialen Sicherungssysteme belasten, aber auch erhebliche Auswirkungen auf andere Politikbereiche – Finanzen, Steuern, Arbeitsmarkt, Gesundheitswesen – haben.

Dies ist ein Anliegen nicht nur der jungen Generation. Generationenverträglichkeitsprüfung, Nachhaltigkeit und Generationenvertrag sowie Generationenbilanz sollten in der öffentlichen Diskussion stärkere Berücksichtigung finden.

Die Erstellung einer Generationenbilanz wird bereits in einigen Ländern erfolgreich durchgeführt und zeigt die finanziellen Belastungen aus der Steu-

er- und Sozialpolitik für die verschiedenen Altersjahrgänge auf. Experten aus Wirtschaft und Wissenschaft haben die Einführung der Erstellung einer Generationenbilanz in einer Anhörung befürwortet. Eine solche Bilanz fördert das Bewusstsein für die Verantwortung gegenwärtiger und zukünftiger Generationen und stärkt den Zusammenhalt der Generationen untereinander.

Dies ist auch der entscheidende Punkt, den die Vertreter der Jugend- und Seniorenverbände herausstreichen – Verantwortung und Zusammenhalt. Der Generationenvertrag muss weiterhin Gültigkeit haben und weiter ausgestaltet werden. Dabei steht die Alterssicherung und die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit im Vordergrund – hinsichtlich der Sicherung der jetzigen und zukünftigen Generationen.

Nur wenn der Dialog zwischen den Generationen weiter gefördert und ausgebaut wird, kann es zu mehr Generationengerechtigkeit kommen.

Auffassung der Arbeitsgruppe möglich, wenn die Zuschüsse nach dem Vermögensbildungsgesetz stärker auf die Altersvorsorge ausgerichtet werden. Beim Ausbau der zusätzlichen Alterssicherung sind folgende Grundsätze zu beachten:

Die Förderung der kapitalgedeckten Zusatzsicherung ist nicht nur für Arbeitnehmer, sondern für alle Bürger über 16 Jahren vorzusehen, also auch etwa für Hausfrauen, Selbständige und Arbeitslose. Der nach dem Vorschlag der Bundesregierung zu fördernde Personenkreis der beschäftigten Arbeiter und Angestellten ist zu eng gefasst und daher zu erweitern. Insbesondere sind auch Beamte in die Förderung

mit einzubeziehen, da sich auch in diesen Bereichen das Sicherungsniveau langfristig vermindern wird.

Die zusätzliche Altersvorsorge von Beziehern niedriger Einkommen ist überproportional zu fördern. Gerade dieser Personenkreis verfügt oftmals über eine nur unzureichende Alterssicherung, die durch besondere Anreize zum Aufbau einer zusätzlichen Alterssicherung verbessert werden soll. Die von der Bundesregierung vorgeschlagene Förderung in Höhe von 250,- DM jährlich ist nicht ausreichend, gerade im Niedriglohnsektor den notwendigen Anreiz zum Aufbau einer zusätzlichen Alterssicherung zu geben.

Bei der Höhe der Zulage für die kapitalgedeckte Alterssicherung muss eine Familienkomponente eingeführt werden. Die Höhe der Zulage soll also von der Kinderzahl abhängig gemacht werden.

Die von der Koalitionsarbeitsgruppe festgelegte Einkommensgrenze in Höhe von 60.000,- DM Jahreseinkommen muss angehoben werden, um einem größeren Personenkreis einen Anreiz für eine zusätzliche Alterssicherung zu geben. Auch in diesem Bereich ist eine Familienkomponente vorzusehen und auch die Einkommensgrenze nach der Kinderzahl zu staffeln.

## Stärker verzahnen

Alle Anlagen mit Altersbindung in Form von Spar- und Versicherungsverträgen – mit Ausnahme besonders risikoreicher Formen – sind in die Förderung mit einzubeziehen. Auch sind die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand und die betriebliche Alterssicherung stärker zu verzahnen. Den Arbeitnehmern sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, den Anspruch auf die vermögenswirksamen Leistungen zur Aufstockung ihrer betrieblichen Alterssicherung zu verwenden. Für langfristige Sparanlagen soll die Sperrfrist bis zum Erreichen des Rentenalters für die Rente aus der gesetzlichen Rentenversicherung reichen. Eine Ausnahme soll bei Eintritt von Berufs- und Erwerbsunfähigkeit gelten.

Die bestehenden Leistungen nach dem Vermögensbildungsgesetz sollen auf bisherigem Niveau beibehalten werden. Privateigentum ist ein bedeutender Baustein der Altersvorsorge, denn es bedeutet mietfreies

Wohnen im Alter. Anders als von der Koalitionsarbeitsgruppe vorgeschlagen, soll die Förderung des Wohnungseigentums nicht auf die Förderung der zusätzlichen Alterssicherung angerechnet werden.

## Besser koordinieren

Beraten wurde mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten des Europäischen Parlaments, Herrn Winfried Menrad, über die Weiterentwicklung der europäischen Sozialpolitik. Abgelehnt wurde von der Arbeitsgruppe die Harmonisierung der sozialen Sicherungssysteme in der Europäischen Union und insbesondere die Schaffung einer europäischen Einheitsrente.

Die Sozialversicherungssysteme sind vielmehr besser zu koordinieren mit dem Ziel, dass der Arbeitnehmer keinen Nachteil erleidet, wenn er in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union eine Arbeit aufnimmt. Insbesondere muss die Koordination der betrieblichen Altersversicherungssysteme noch weiter verbessert werden.

Darüber hinaus fordert die Arbeitsgruppe, dass die Bundesregierung die beschäftigungspolitischen Leitlinien der Europäischen Union endlich umsetzt. Erhebliche Defizite gibt es insbesondere bei einer durchgreifenden Absenkung der Lohnnebenkosten. Begrüßt wurde die Integration der Beitrittskandidaten in Mittel- und Osteuropa in die Europäische Union. Angemahnt wurden angemessene Übergangsfriisten für die Einführung der Freizügigkeit im Verhältnis zu diesen Staaten.

**Unsere  
Elektronischen  
Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

\*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;  
p = cdu; s = bund

● E-MAIL: [post@www.cdu.de](mailto:post@www.cdu.de)

## Eichel plant Zerschlagung der Unternehmenskultur

**Zu den Plänen von Bundesfinanzminister Hans Eichel, durch das geplante Optionsmodell einen Strukturwandel bei den Personengesellschaften zu ermöglichen, erklärten der Bundesvorsitzende der MIT, Peter Rauen, und der finanzpolitische Sprecher der MIT, Hans Michelbach:**

Bundesfinanzminister Eichel hat endlich die Katze aus dem Sack gelassen. Er verfolgt mit dieser Unternehmenssteuerreform klar das Ziel der Zerschlagung der Unternehmenskultur in Deutschland.

Die derzeit überwiegende Rechtsform der Personengesellschaften, zu der über 90 Prozent aller mittelständischen Unternehmen zählen, soll in Kapitalgesellschaften umgewandelt werden. Der persönlich haftende mittelständische Unternehmer, der zweifelsohne das Rückgrat unserer Wirtschaft bildet, wird damit der Vergangenheit angehören. Dies ist nichts anderes als

ein Anschlag auf den Mittelstand und seine Arbeitnehmer.

Mit dem von BMF Eichel geplanten Strukturwandel von Personengesellschaften zu Kapitalgesellschaften wird eine Anonymisierung der Unternehmen vorangetrieben. Nach dem Prinzip, Gewinne des Unternehmens sind „gute“ und die des Unternehmers sind „schlechte“ Gewinne. Es ist die alte sozialistisch- und kommunistische Ideologie, Unternehmer vom Unternehmen trennen zu wollen.

Eine Vergesellschaftung des deutschen Mittelstandes schadet dem ausgleichenden Konsensmodell mit unternehmerischem Handeln und arbeitnehmerfreundlicher Leistung. Die Strukturänderung wird weniger Haftungskapital in die mittelständischen Betriebe führen, und weitere Konzentrationen in der deutschen Wirtschaft mit weiteren Arbeitsplatzverlusten sind die Folge.

## Anti-Stau-Programm ist unrealistische

**Zur Ankündigung eines Anti-Stau-Programms durch Bundesverkehrsminister Klimmt erklärten die Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch, und der verkehrspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dirk Fischer:**

Mit der Ankündigung eines „Anti-Stau-Programms“ macht Bundesverkehrsminister Klimmt nichts anderes als unrealistische und unseriöse Zu-

kunftsmusik. Denn Mittel für das Programm soll es erst im Jahr 2003 geben, und ob das Geld dann da sein wird, ist mehr als zweifelhaft. Oder will Klimmt garantieren, dass die bis heute noch nicht verabschiedete, geschweige denn eingeführte elektronische LKW-Maut am 1. Januar 2003 schon 7,4 Millionen Mark erbracht haben wird? Zudem steht sehr in Frage, ob die Einnahmen aus dieser Gebühr überhaupt für den Verkehrshaushalt zweckge-

# Kriminalprävention ist eine wichtige kommunale Aufgabe

**Der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Bundesvorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der CDU/CSU Deutschlands (KPV), Peter Götz, erklärte zum Kommunalkongress der KPV in Pinneberg am 12. Februar:**

Die Kommunen können mit modernen Methoden ohne großen Kostenaufwand ganz wesentlich zur Vorbeugung gegen Verbrechen beitragen. Der Kongress der KPV in Pinneberg am 12. Februar hat mit Volker Rühle, dem Saarländischen Ministerpräsidenten Peter Müller, Innenminister Dr. Thomas Schäuble (Baden-Württemberg), Justizminister Dr. Christean Wagner (Hessen) und anderen prominenten Experten diese Instrumente diskutiert und damit ein wichtiges politisches Thema wieder mehr in den Vordergrund gerückt.

Zu den kommunalen Instrumenten zur Kriminalprävention gehören unter anderem städtebauliche Maßnahmen. Kommunen, die auch abends für belebte Innen-

## Zukunftsmusik

bunden werden. Wahrscheinlicher ist doch, dass jede zusätzliche Mark in die Kassen des Bundesfinanzministers wandern wird.

Das Anti-Stau-Programm ist nichts als eine leere Ankündigung. Die Realität rot-grüner Verkehrspolitik sieht dagegen anders aus: Investitionen ins Verkehrswegenetz werden zusammengestrichen – allein beim Straßenbau ist er Ansatz im Investitionsprogramm bis 2002 um rd. 5 Mrd. Mark gekürzt worden.

städte sorgen, die gut einsehbare Stadträume ohne dunkle Ecken schaffen, werden gegen Verbrechen erfolgreich vorbeugen. Kriminalitätsschwerpunkte können durch Videoüberwachung entscheidend entschärft werden.

Saubere Städte, in denen Reparaturen schnell vorgenommen werden, vermitteln den Bürgern Sicherheit und setzen die Schwelle für weitere Vergehen herab.

Konsequentes Vorgehen gegen sogenannte Bagatelldelikte wie Graffiti-schmierereien, Schwarzfahren oder Ladendiebstahl haben sich eindeutig als erfolgreich bei der Kriminalprävention erwiesen. Besonders die Eingrenzung der alarmierend angestiegenen Kinder- und Jugendkriminalität muss so erfolgen.

## Ziel: Aktive Bürgergesellschaft

Die Kommunen können gemischte Räte für die Vorbeugung gegen Verbrechen einberufen. Polizei, verschiedene Ämter der Stadtverwaltung und private Bürgergruppen sollten daran beteiligt werden und partnerschaftlich für die Schaffung von Sicherheit und Ordnung zusammenarbeiten.

Bürgerschaftliches Engagement für Sicherheit in den Stadtteilen sollte gefördert werden. Damit wird auch ein Beitrag zur Schaffung einer aktiven Bürgergesellschaft geleistet.

Auf dem Kongress wurden Beispiele für diese Instrumente überwiegend aus Städten und Gemeinden in Schleswig-Holstein vorgestellt. Die Kommunalpolitiker in der CDU/CSU wollen mit einer aktiven und bewussten Rolle der Kommunen bei der Kriminalprävention gleichzeitig die Stärkung einer starken kommunalen Selbstverwaltung fördern.

## Gegen Realsplitting für homosexuelle Lebensgemeinschaften

**Zu der Absicht der Bundesregierung, Unterhaltsregelungen für homosexuelle Lebensgemeinschaften und ein steuerliches Realsplitting einzuführen, erklärte die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Hannelore Rönsch:**

Ich lehne die Absicht der Bundesregierung, gesetzliche Unterhaltspflichten für homosexuelle Lebensgemeinschaften gesetzlich zu normieren, ab. Sie geht weit über das Ziel hinaus, Benachteiligungen entsprechender Lebensgemeinschaften zu vermeiden, und bedeutet auch nicht die Abschaffung von Diskriminierung, da nach dem Gleichheitsgrundsatz nur Gleiches gleich zu behandeln ist. Vielmehr bedeutet sie einen Angriff auf die Privilegierung von Ehe und Familie. Diese Privilegierung wird gerade deshalb vom Grundgesetz gefordert, weil es gilt, Ehe und Familie als grundsätzliche

Keimzelle der Gesellschaft hervorzuheben. Auch soweit gesetzliche Unterhaltsansprüche der Ehepartner oder Eltern untereinander dem Zweck dienen, den einen deshalb abzusichern, weil er sich mehr als der andere um die praktische Betreuung der gemeinsamen Kinder kümmert und deshalb zumindest zum Teil auf eigene Erwerbstätigkeit verzichtet, sind die Absichten der Bundesregierung nicht nachzuvollziehen. In homosexuellen Lebensgemeinschaften kann jeder Lebenspartner ungehindert für den eigenen Unterhalt sorgen. Wo dies nicht der Fall ist, können vertragliche Absprachen getroffen werden.

Aus den gleichen Gründen lehne ich die Einführung eines Realsplittings für homosexuelle Lebensgemeinschaften ab, da das Realsplitting auf die steuerliche Berücksichtigung von Unterhaltspflichten abzielt.

## Verbeugung vor den Konzernpalästen

**Die derzeitigen Pläne der Bundesregierung zur Unternehmensteuerreform seien für MIT und CDA eine Verbeugung der Regierung Schröder vor den Konzernpalästen. Dies erklärten die Sprecher der beiden Vereinigungen in Berlin.**

Schröders Herz schlage für die Konzerne. Mittelstand und Arbeitnehmer blieben auf der Strecke. Die Bundesregierung verstärkte mit ihren Plänen die Tendenz, Geld mit Geld zu verdienen. Wer sein Geld durch Arbeit verdiene, ob als Un-

ternehmer oder als Arbeitnehmer, habe das Nachsehen. Ein Beispiel hierfür sei, dass Eichel, Schröder und & Co die Gewinne von Kapitalgesellschaften aus Veräußerungen von Anteilen steuerfrei stellen wollten. Den persönlich haftenden Inhabern von Personengesellschaften habe man hingegen den halben Steuersatz bei Veräußerungsgewinnen aus Betriebsaufgabe gestrichen und damit ihre Altersvorsorge kaputtgemacht. Den Kleinen nehmen, den Großen geben. So funktioniere Umverteilung von unten nach oben.

# Verschlechterung im Gastgewerbe geht auf das Konto von Rot-Grün

**Der stellvertretende Bundesvorsitzende der MIT und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Tourismus, Ernst Hinsken, erklärte zur Meldung des Statistischen Bundesamtes, wonach der Umsatz im Gastgewerbe insgesamt 1999 um real 1,5 % zurückgegangen ist:**

Die Schuldigen brauchen wir nicht lange zu suchen. Kaum ein Wirtschaftsfaktor hat eine solche Verschlechterung seiner Wettbewerbssituation durch die bisherigen politischen Entscheidungen der Schröder-Regierung verkraften müssen wie das Gastgewerbe. Gerade dieser personalintensive, vorwiegend mittelständisch geprägte Bereich mit seinem großen Arbeitsplatzpotential sollte eigentlich ein Hoffnungsträger zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Deutschland sein.

Die deutschen Hoteliers und Gastwirte haben es schwer, an der Neuregelung der 630-DM-Arbeitsverhältnisse, der Ökosteuern und der Abschaffung des Vorsteuerabzuges

bei Bewirtungs- und Geschäftsreisekosten zu tragen. Dabei hat die Tatsache, dass auf Verpflegungs- und Übernachtungskosten eines Unternehmens entfallende Mehrwertsteuer im Rahmen des Vorsteuerabzuges seit dem 1. April 1999 nicht mehr steuerminierend geltend gemacht werden kann, offensichtlich vor allem das Gaststättengewerbe getroffen. Während das Beherbergungsgewerbe noch ein leichtes Umsatzplus verbuchen konnte, schlug die mittelstandsfeindliche Steuergesetzgebung der rot-grünen Bundesregierung im Gaststättengewerbe voll durch: Um 2,7 % sind die Umsätze real gegenüber dem Vorjahr gesunken.

Wir müssen alles unternehmen, um den Tourismusstandort Deutschland zu stärken. Dazu müssen insbesondere auch die Rahmenbedingungen für die Gastronomie, das Hotel- und Gaststättengewerbe insgesamt stimmen. Ich fordere die Bundesregierung auf, die falsche Richtung, die sie in der Finanzpolitik eingeschlagen hat, zu korrigieren. ■

## Rentenverhandlungen geraten ins Stocken

**Die parteiübergreifenden Rentenverhandlungen sind wegen eines anhaltenden Streits um die Datenbasis des Bundesarbeitsministeriums am 15. Februar ins Stocken geraten.**

Arbeitsminister Walter Riester sagte nach der dritten Sitzung der Arbeitsgruppe in Berlin, auf Grund des erneuten Beratungsbedarfs der Union sei das Gremium nicht dazu gekommen, wie vorgesehen über die Erwerbs- und Berufsunfähigkeitsrenten zu debattieren. Die Diskussion über das Rechen-tabelleau dürfe die Behandlung von

Sachfragen aber nicht behindern. Bayerns Sozialministerin Barbara Stamm (CSU) sprach von einem konstruktiven Gespräch. Es sei kein Nachteil, dass man nicht in Details der Behindertenrenten und Erwerbsunfähigkeitsrenten eingetreten sei. Zunächst müsse man sich über das Grundgerüst der geplanten Rentenreform bis 2030 im Klaren sein. Dabei müsse man nicht nur Beitrag und Renteniveau in 2030 betrachten, sondern auch die Entwicklung im steuerfinanzierten Bundeszuschuss beraten.

**STEUERREFORM****Schlagseite**

*Am Geld liegt es also nicht. Wer hat nicht noch die Parolen der SPD-Finanzpolitiker im Ohr, Deutschland könne sich keine vernünftige Steuerreform leisten, weil die damit verbundenen Steuerausfälle die öffentlichen Haushalte zum Offenbarungseid zwingen. Die beschworenen Visionen waren schrecklich: Länder ohne Polizei, Schulen ohne Lehrer, kaputte Straßen – Verfall allenthalben, wenn der Staat seine Steuereinnahmen für eine Reform einschränken müsse. Bundesfinanzminister Eichel kommt das Verdienst zu, mit diesem Märchen endlich aufzuräumen. Seine „Steuerreform 2000“ zeigt, dass ohne Haushaltsnöte immerhin nahezu 50 Milliarden Mark an Steuererleichterungen gewährt werden könnten. Da Finanzminister von Natur aus zur Knarsrigkeit neigen, dürfte diese Summe eher eine Untergrenze sein.*

*Also noch einmal: Am Geld liegt es nicht, wenn Deutschland auch mit diesem neuen Reformanlauf kein vernünftiges Steuerrecht bekommt. Mit den zur Verfügung stehenden Milliarden ließe sich mehr als das vorgelegte Stückwerk herstellen, zumal über die Reformziele ebenfalls weitgehend Einvernehmen herrscht.*

*Vorrang hat aus Wettbewerbsgründen die Entlastung der Unternehmen. Die aber will Rot-Grün nur um den Preis gewähren, die Verwendung der Gewinne künftig steuerlich stärker zu lenken als je zuvor. Die Bevorzugung reinvestierter Gewinne gibt der Reform eine ideologisch motivierte Schlagseite, die den Erfolg der Steuerenkung letztlich gefährden wird.*

**Frankfurter Allgemeine****Neid-Bremse**

*Auch wenn Bürger und Unternehmen bis 2005 um rund 44 Milliarden Mark entlastet werden sollen, gibt es einen zentralen Webfehler: Finanzminister Eichel unterscheidet in seinem Steuerkonzept auf fatale Weise zwischen Unternehmen und Unternehmern.*

*Damit ignoriert er sträflich die bestehende Wirtschaftsstruktur in Deutschland. Begünstigt werden Großunternehmen und Konzerne, das Risiko trägt der Mittelstand. Daran ändert auch das Wahlrecht nichts, das es Handwerkern, Freiberuflern und anderen Selbständigen erlaubt, sich wie Kapitalgesellschaften besteuern zu lassen.*

*Ob sich diese Entscheidung lohnt, ist für viele Mittelständler überaus schwer abzuschätzen. Doch bei den kleinen und mittleren Personengesellschaften*

*entsteht das Gros der dringend benötigten Arbeitsplätze, während viele große Kapitalgesellschaften weiter auf Stellenabbau setzen. Der Bundesregierung ist es zudem höchst verdächtig, wenn sich Privatpersonen mit ihrem Geld in größerem Umfang an Unternehmen beteiligen. Der mögliche Gewinn soll bei einem späteren Anteilsverkauf hoch besteuert werden. Wenn es aber zu teuer wird, jungen Betrieben mit Risikokapital auf die Beine zu helfen, blockiert dies ausgerechnet innovative Existenzgründer. Dahinter steckt unverhohlenes Misstrauen gegenüber Privatvermögen. Aber Neid ist immer ein schlechter Ratgeber – erst recht, wenn er auch noch als Fortschrittsbremse wirkt.*

**Rheinische Post****Sieg-Chance**

*Die CDU arbeitet in Sachen Steuerreform so konzentriert wie seit Helmut Kohls Zeiten nicht mehr. Sollten die größte Oppositionspartei und ihre Verbündeten im Bundesrat auch im Sommer noch nicht überstimmt werden können, so muss Bundesfinanzminister Hans Eichel um das Überleben seines so sorgsam ausgetüftelten Regierungskonzepts fürchten. Gegen ihn treten zwei Koryphäen an, denen er unterlegen ist, weil er, der Minister, ideo-*



logischen Ballast mit sich herumschleppt. Friedrich Merz von der CDU und Bayerns christsozialer Finanzminister Kurt Falthhauser haben offengelegt, dass Eichel gezwungen war, widersprüchliche, von den linken Vordenkern seiner Partei vorgegebene Ziele zu erreichen. Deshalb musste er ein monströses, undurchsichtiges Steuergesetz zusammenschreiben: Einkommen, das der private Bürger erwirtschaftet, soll hoch besteuert werden, Einkommen, das ein Unternehmen verdient, soll begünstigt werden. Solche Vorgaben sind unsinnig, und wie intelligent Eichel auch immer versucht, sie zu erfüllen – seine Reform bleibt falsch. Spendenaffäre hin oder her – Merz und Falthhauser könnte es also gelingen, genügend Sachverstand gegen Eichels Reform zu mobilisieren.

Rheinische Post

TELEKOM

Wohltätig

Die Erinnerung an den alten Rockefeller liegt nahe, der im vorigen Jahrhundert Öllampen verteilte, damit die Verbraucher sein Öl kaufen und schätzen lernten. Der Aufstieg des Lampenverteilers zum weltgrößten Konzernchef und reichsten Mann der Welt hat so begonnen. Nun also greift die Telekom zu einem vergleichbaren Trick, um die

Verbraucher von heute, vor allem die von morgen, an die Internet-Nutzung zu gewöhnen und längerfristig, von der Unersetzbarkeit des Netzes zu überzeugen. Wenn der Umgang mit Internet-Computern im Schulunterricht erst selbstverständlich geworden ist, wird der ältere – und dann kaufkräftigere – Verbraucher für unentbehrlich halten und auch bereit sein, dafür zu zahlen.

Das ist plausibel. Deshalb ist verwunderlich, dass die Telekom sich erst so spät zu kostenlosen Angeboten für die Schulen und günstigen Pauschalpreisen für Vielnutzer hat entscheiden können. Zumal ausländische Erfahrungen verfügbar sind und dem Unternehmen schon lange vorgehalten werden. Aber der erleichterte Zugang zum Internet ist nur der erste Schritt. Zwingend notwendig sind nun Programme, die beim Umfang mit den kaum mehr überschaubaren Informationsangeboten helfen.

Stuttgarter Zeitung

FDP HESSEN

Spannend

Politik dieser Tage erinnert an Eiskunstlauf. Viele fallen auf die Nase. Und plötzlich springt eine den dreifachen Ritterberger zweimal.

Im Rampenlicht: Ruth Wagner, Südhessin, Tochter einer Kriegerwitwe, Malerin, Lehrerin, Politikerin. Nicht ohne Stolz bekennt sie:

„Ich musste mir meine Bildung erkämpfen.“ Und mit der für sie typischen Entschlossenheit sagt sie: „Ich werde schon dafür sorgen, dass Hessen nicht schwarz angestrichen wird.“ Jetzt kämpft sie erst einmal darum, dass Blau/Schwarz in Hessen weiter regieren kann. Wenn sie das auch mittelfristig schafft, hätte die FDP endlich einmal wieder einen Star. Viele würden sich freuen. Die Herren Gerhardt und Westermelle allerdings nicht. Sie würden Frau Wagner am liebsten vom Eis holen. Wird spannend.

Bild

**IM ZUSAMMENHANG** mit den Rentengesprächen der Bundesregierung hat der stellvertretende Parteivorsitzende Christian Wulff noch einmal deutlich gemacht, „dass sich die CDU auf der Grundlage eines längerfristigen Konzepts entschieden hat, an diesen Gesprächen teilzunehmen“. Christian Wulff: „Wir erwarten von diesen Gesprächen ein Signal gerade auch für die junge und mittlere Generation.“

# Bürgerschaftliches Engagement in Zukunft mehr denn je gefordert

Zur konstituierenden Sitzung der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ erklärten die Obfrau der CDU/CSU-Bundestagsfraktion in der Enquete Kommission Ehrenamt, Ilse Aigner, und die stellvertretende Vorsitzende, Marie-Luise Dött:

Wir begrüßen die Einsetzung dieser überaus wichtigen Enquete-Kommission durch den Deutschen Bundestag, die eine Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements zum Ziel hat. Es ist ein wichtiges Anliegen aller im Bundestag vertretenen Fraktionen das bürgerschaftliche Engagement, welches parteiübergreifend als freiwillig, gemeinwohlorientiert und nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet definiert wurde, durch die Arbeit der Kommission zu stärken und zu fördern.

Eine umfassende Bestandsaufnahme soll einen Einblick in die Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements vermitteln und die Bedingungen aufzeigen, unter denen heute gemeinnütziges Engagement stattfindet. Vorhandene Defizite müssen benannt werden, um Möglichkeiten aufzuzeigen, wie bürgerschaftliches Engagement für Bürgerinnen und Bürger zukünftig attraktiver werden kann.

Nur durch die aktive Beteiligung möglichst vieler wird es gelingen, die freiheitlichen Strukturen unserer demokratischen Gesellschaft zu sichern und auszubauen.

Die Kommission wird Empfehlungen erarbeiten müssen, wie mehr bürgerschaftliches Bewusstsein in Familien, in Schulen, am Arbeitsplatz bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern, gefördert werden kann.

Der Einsatz des einzelnen für die Gesellschaft darf nicht als selbstverständlich

empfunden werden. Hier müssen die Voraussetzungen für mehr Verständnis, Toleranz, Kooperation und Solidarität geschaffen und geübt werden. Die Anerkennung und Würdigung ehrenamtlicher Arbeit in unserer Gesellschaft – besonders auch die Einbindung junger Menschen – muss gefördert werden.

Hier wird die Kommission prüfen müssen, welchen Beitrag die Medien zur stärkeren Bewusstseinsbildung für bürgerschaftliches Engagement leisten können. Ihnen sollte bei der Vermittlung positiver Werte eine höhere Verantwortung zuwachsen.

Wir müssen mehr private Anreize für bürgerschaftliches Engagement schaffen, sei es im Stiftungsrecht, im Vereinsförderungsgesetz, im Steuer- und Sozialversicherungsrecht, immer mit dem Ziel: weniger Staat, mehr Bürger.

---

## Die Erwartungen sind groß

---

Dem Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die Enquete-Kommission in der Legislaturperiode an allen Gesetzesvorhaben zu beteiligen, die bürgerschaftliches Engagement betreffen, wächst eine besondere Bedeutung zu. Es wird sich zeigen, ob der Deutsche Bundestag bereit ist, Gesetze so zu gestalten, dass bürgerschaftliches Engagement gelohnt und anerkannt wird. Die Neuregelungen zu den 630,- DM Jobs und der Scheinselbständigkeit hätten unter dem Gesichtspunkt bürgerschaftlicher Tauglichkeit nie Gesetzeskraft erlangt.

Die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger an diese Kommission ist groß. Sie werden sich nicht mit Schlagworten und Sonntagsreden begnügen. Sie erwart-

## Panzerstreit bricht erneut auf

**Zu den Äußerungen der Grünen Angelika Beer, das bei der derzeitigen Menschenrechtslage eine Lieferung von Leopard-Kampfpanzern von Deutschland an die Türkei nicht erfolgen würde, erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:**

Der Streit zwischen Rot-Grün über die Lieferung von 1.000 Kampfpanzern Leopard II an die Türkei wird erneut aufbrechen. Stand schon bei der Lieferung eines Testpanzers die rot-grüne Regierungskoalition vor dem Bruch, gewinnt diese Diskussion durch die Forderung auf eine Liefergarantie durch die Türkei jetzt eine neue Qualität. Der künstliche und öffentlich zelebrierte Burgfriede zwischen Rot und Grün hat nur wenige Wochen gehalten. Es war vorherzusehen, dass mit den schwammigen Formulierungen der neuen Rüstungsexportrichtlinien von Mitte Januar kein Problem gelöst ist.

Ich gehe davon aus, dass sowohl Bundeskanzler Schröder als auch Verteidigungsminister Scharping für die Lieferung sind, was auch in der SPD zur Zeit Unterstützung erfährt. Dies belegen Stimmen aus der SPD-Fraktion.

Die Grünen und andere Teile der SPD wollen das Gegenteil.

Bei der Lieferung von 1.000 Kampfpanzern für die Türkei geht es um die Entscheidung, ob ein zuverlässiger NATO-Partner die notwendige Unterstützung aus Deutschland erhält. Bei aller Bedeutung der Menschenrechte gerade in der europäischen Politik geht es auch um andere wichtige europäische Werte wie Stabilität und Bündnisfähigkeit.

Dabei liegt es im deutschen Interesse, dass die Türkei militärisch hinreichend ausgerüstet wird. Sie liegt in einem unruhigen und instabilen Umfeld und ist deshalb gezwungen ihre Verteidigungsfähigkeit zu erhalten. Damit trifft sie auch Vorsorge, dass die Wahrscheinlichkeitsschwelle eines Bündnisfalles für die NATO erhöht wird.

Im übrigen hat sich nach Ansicht von Experten die Stabilität in den Kurdengebieten verbessert. Die schweren Kampfpanzer Leopard II sind außerdem nicht geeignet, im überwiegend bergigen Kurdengebiet eingesetzt zu werden.

Es geht nicht um die Entscheidung: „Panzer oder Menschenrechte“, sondern um „Zuverlässigkeit oder Unsicherheit“.

ten von uns praxisnahe Vorschläge zu Verbesserung der Bedingungen ihrer täglichen Arbeit. Dies ist in erster Linie Anerkennung durch ihr Umfeld und durch Erleichterungen ihres freiwilligen und unentgeltlichen Engagements.

Das Freiwillige und Unentgeltliche machen die Qualität bürgerschaftlichen Engagements aus. Das Verhältnis von Staat und Bürger wird bei der zukünftigen Prägung

bürgerschaftlichen Engagements eine entscheidende Rolle spielen.

Er muss dem Bürger mehr vertrauen und ihm mehr Verantwortung geben. Nur der aktive Bürger, der „seine“ Gesellschaft mitprägt, wird für diese Gesellschaft eintreten. Dies heißt für uns Bürger, den Staat nicht für alles in Anspruch zu nehmen, sondern auch selbst mehr Verantwortung übernehmen zu wollen. ■

# Ausländer müssen ihre Integrationsbemühungen verstärken

**Der stellvertretende Sprecher der Jungen Gruppe der CDU-CSU-Bundestagsfraktion, Axel E. Fischer, erklärte zur Vorstellung des neuen Ausländerberichts der Bundesregierung:**

Nur mit „Hilfe zur Selbsthilfe“ kann der deutsche Staat die Integration von Ausländern in die deutsche Gesellschaft unterstützen. Angebote wie Sprachunterricht oder besondere Beratungen ersetzen nicht die notwendige Eigeninitiative und Bemühungen jedes Einzelnen. Der Wille zur Integration und das aktive Bemühen um Eingliederung in die deutsche Gesellschaft muss in erster Linie von den Ausländern selbst kommen.

## Billige Polemik

Gute deutsche Sprachkenntnisse sind dabei die Grundvoraussetzung für das Entstehen einer gemeinsamen Gesellschaft und Identität. Ihr Stellenwert für gelungene Integrationsbemühungen kann von daher gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Kontraproduktiv sind von daher Äußerungen der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, der Sprachtest sei in Bayern zu schwer zu erringen.

Mit der Feststellung, es sei „fraglich, ob beispielsweise alle deutschen Hauptschüler diesen Test bestehen würden,“ diskriminiert die Ausländerbeauftragte darüber hinaus diesen bewährten Schultyp und die betroffenen Schüler. Statt mit solch billiger Polemik um den Beifall linker Bildungsstrategen zu heischen, sollte die Bundesregierung vielmehr Länder und Kommu-

nen bei ihren Bemühungen unterstützen, auch in Hauptschulklassen mit einem hohen Ausländeranteil für deutsche und ausländische Schüler noch eine vernünftige Ausbildung zu ermöglichen.

## Kenntnisse nachweisen

In vielen Ländern wird erwartet, dass Einwanderer ihr Interesse am Leben in der Gastgesellschaft von vornherein durch entsprechende Sprach- und Landeskennnisse nachweisen. Dabei ist keineswegs selbstverständlich, dass das aufnehmende Gastland für die Finanzierung und Bereitstellung eines entsprechenden Sprachkurses bzw. eines landeskundlichen Bildungsangebot zuständig ist. Wenn die rot-grüne Bundesregierung Einwanderung als Faktum anerkennt, dann muss sie schleunigst die notwendigen Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration schaffen.

**IN BERLIN** leben Menschen aus 184 Staaten. Das seien fast so viele Länder wie in der UNO organisiert sind, erklärte das Statistische Landesamt. In den Vereinten Nationen waren im Herbst 1999 einschließlich Deutschland den Angaben zufolge 188 Staaten Mitglied. Am 31. Dezember 1999 waren in Berlin 437 777 Menschen mit ausländischem Pass mit ihrer Hauptwohnung gemeldet. Berlin hat insgesamt rund 3,3 Millionen Einwohner.

Hans-Gert Pöttering:

## Trotz Konflikten gemeinschaftlich handeln

Als „anspruchsvoll und ehrgeizig“ hat der Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christliche Demokraten) und europäischer Demokraten, Hans-Gert Pöttering, die Ausführungen bezeichnet, die EU-Kommissionspräsident Prodi bezüglich des künftigen 5-Jahres-Programmes vor dem Straßburger Plenum vorgestellt hat.

Pöttering zitierte aus dem Strategiedokument der Kommission: „Die fünfjährige Amtszeit der Prodi-Kommission wird eine Zeit großer Veränderungen sein. Europa wird in der Integration voranschreiten und zugleich wird die Union eine Erweiterungsphase einleiten, die schließlich zur Wiedervereinigung unseres Kontinents führt.“

Pöttering äußerte die Hoffnung, dass diese Ziele verwirklicht werden könnten. Allerdings müsse sich die Europäische Union in der Gegenwart bewähren, um die Zukunft gestalten zu können. Pöttering erklärte, dass das Verhalten gegenüber einem Mitgliedstaat ihn mit Sorge erfülle. Auch wenn es zu Konflikten innerhalb der Union kommen könne, müsse gemeinschaftlich gehandelt werden. „Wir dürfen nicht isolieren, sondern wir müssen zusammenführen“, so der Appell Pötterings. Der Kommission als Hüterin der Verträge müsse nach Ansicht des CDU-Politikers für ihr bisheriges Verhalten Respekt, Anerkennung und Unterstützung gezollt werden.

Die Zielsetzung, so Pöttering, müsse ein starkes Europa im 21. Jahrhundert sein, in dem Werte wie Menschenwürde, Demo-

kratie sowie Rechtsstaatlichkeit sowohl nach innen als auch nach außen gewährleistet werden müssten. „Als Europäer müssen wir selbstbewusst auftreten, nicht aber überheblich“, forderte Pöttering. In diesem Zusammenhang erinnerte der EVP-ED-Fraktionsvorsitzende daran, dass seine Fraktion die Globalisierung als Chance verstehe. Weltweit müsse friedlich der Wettbewerb gestaltet werden. Pöttering warnte davor, dass die Globalisierung zu einem kulturellen Aufprall zwischen den Regionen führe.

### Leistung muß sich lohnen

Der EVP-ED-Fraktionsvorsitzende forderte weiterhin dazu auf, die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowohl bei den nun beginnenden Erweiterungsverhandlungen mit sechs Staaten, als auch im Barcelona-Prozess zur Grundlage zu machen. Die Konsolidierung der europäischen Währung und die strikte Einhaltung des Stabilitätspaktes sind ebenso Teil eines Forderungskatalogs, den Pöttering an die Europäische Kommission stellt. „Die europäische Wirtschaft muss so gestaltet werden, dass sich Leistung wieder lohnt. Am Ende dürfen nicht nur einige multinationale Unternehmen die Sieger in der Europäischen Union sein; gerade der Mittelstand müsse gefördert werden.“ In diesem Sinne rief Pöttering die Kommission auf, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten auf Steuerreduzierungen hinzuwirken, damit sich Unternehmerinitiativen wieder lohnten. ■

## Lamers Vizepräsident der Europäischen Volkspartei

**D**er außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Karl Lamers**, ist am 10. Februar in Brüssel vom Vorstand der Europäischen Volkspartei (EVP) in Brüssel nahezu einstimmig (99% der Stimmen) zum Vizepräsidenten der Europäischen Volkspartei gewählt worden.

Dieses Ergebnis ist ein Vertrauensbeweis sowohl für die Persönlichkeit als auch für die europapolitische Kompetenz von Herrn Lamers wie für die CDU Deutschlands.

Herr Lamers wird sich in seiner Eigenschaft als Vizepräsident der Europäischen Volkspartei – und damit als einer der sieben Stellvertreter des früheren belgischen Premierministers Wilfried Martens, der gegen-

wärtig den EVP-Vorsitz inne hat – verstärkt um die Koordinierung und den inhaltlichen Austausch der konservativen und christdemokratischen Kräfte in Europa einsetzen.

Karl Lamers nimmt damit in der Nachfolge des im letzten Jahr verstorbenen Otfried Hennig den Platz des einzigen deutschen Christdemokraten im Präsidium der Europäischen Volkspartei ein.

Die EVP ist der europäische Zusammenschluss von 37 christdemokratischen und konservativen Parteien unter dem Vorsitz von Wilfried Martens. Die EVP-Abgeordneten im Europäischen Parlament stellen mit 233 Abgeordneten die mit Abstand größte Fraktion im Europäischen Parlament.

## Isolationsstrategie gegen Österreich ist vertragswidrig

**Zu einem Gespräch der Arbeitsgruppe Europa der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Gesandten der Republik Österreich, Herbert Krauss, erklärte der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Hintze:**

Die Arbeitsgruppe Europa der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat den Gesandten der Republik Österreich, Herrn Dr. Herbert Krauss, zu einem Gespräch empfangen. Der Vertreter Österreichs hat deutlich gemacht, dass Österreich an seinem integrationsfreundlichen Kurs in der Europapolitik festhält. Neu-

ist die Bereitschaft Österreichs, eine Beistandsgarantie in den EU-Vertrag aufzunehmen. Diese Entscheidung Österreichs erleichtert die volle Integration der WEU in die EU.

Die Arbeitsgruppe Europa der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wendet sich mit Entschiedenheit gegen die vertragswidrige Isolationsstrategie der Außenminister der EU. Österreich hat das Recht auf eine faire Behandlung in der EU. Wer an Geist und Buchstaben der Verträge vorbei handelt, wie das die deutsche Bundesregierung tut, gefährdet den europäischen Integrationsprozess.

Leben zwischen Wunsch  
und Wirklichkeit

*Wie Familien  
wohnen wollen*



Frauen-Union der CDU 

● Leitfaden  
**Wie Familien wohnen wollen**

Bestell-Nr.: 4471  
1 Expl.: 3,50 DM

Ein Leitfaden für die Zielgruppenarbeit mit Frauen

*Politik weiblich -  
Themen, Tips  
und Fakten*



  
SICHER IN DIE ZUKUNFT  
**CDU**

**WEGE**  
IN DIE DER FRAUEN  
INFORMATIONSGESELLSCHAFT





● Broschüre  
**Wege der Frauen  
in die Informations-  
gesellschaft**

Bestell-Nr.: 5500  
25 Expl.: 23,10 DM

● Broschüre  
**Politik weiblich -  
Themen, Tips und Fakten**

Bestell-Nr.: 4602  
10 Expl.: 15,00 DM

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 11 90  
53348 RHEINBACH  
PVSt, DEUTSCHE POST AG  
ENTGELT BEZAHLT.

● **Ehrenkunde  
Frauen-Union  
mit Mappe**

(ohne Jahresangabe)

Bestell-Nr.: **0242**  
10 Expl.: **14,40 DM**

**Bestellschrift:**

IS-Versandzentrum  
Postfach 14 65  
59306 Ennigerloh  
Fax: 0 25 24/91 13 10  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de



# UiD

6/2000

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (0 22 26) 8 02-0, Telefax (0 22 26) 8 02-1 11/3 33, **Vertrieb:** Tel. (0 22 26) 8 02-1 23, **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 60,- DM. Einzelpreis 1,60 DM. **Herstellung:** VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.